

Profund, präzise, pünktlich: 80 Jahre Wochenbericht spiegeln die deutsche Wirtschaftsgeschichte

Rainer Fremdling
fre@zedat.fu-berlin.de

Reiner Stäglich
rstaeglin@diw.de

Vor genau 80 Jahren, am 4. April 1928, erschien der erste Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung (IfK), das im Juni 1941 in Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) umbenannt wurde. Der erste Wochenbericht hatte vier Seiten und enthielt Beiträge über „Geschäftsgang und Beschäftigungsgrad“, „Die Märkte“, „Zur Bewegung des Bankkredits“ und „Zur Konjunktur des Auslands“.

Die ersten fünf Jahrgänge zählten noch vom 1. April bis zum 31. März des Folgejahres; ab dem 7. Jahrgang wurde dem Kalenderjahr gefolgt. Bis auf den 16. Jahrgang mit nur einem Wochenbericht (1943) – erscheint er bis heute mit jeweils 52 Nummern. In den Kriegsjahren 1940, 1941 und 1942 erschienen nur noch 31, 25 und 17 Nummern.

Bis zum 61. Jahrgang gab es die Wochenberichte nur in gedruckter Version, seit 1995 zusätzlich als html-Datei im Internet und seit 2005 als pdf-Datei. Seit Oktober 2007 kann der Wochenbericht des DIW Berlin kostenlos von der Website heruntergeladen werden.

Aufsätze, Beilagen und Zahlenübersichten

Die Zielsetzung des Wochenberichts wurde 1938 in einem Prospekt der Hanseatischen Verlagsanstalt Hamburg folgendermaßen formuliert: „Der Wochenbericht dient der raschen Unterrichtung über die aktuellen Wirtschaftsprobleme. Aus allen Arbeitsgebieten des Instituts werden die wichtigsten Ergebnisse in knapper Form mitgeteilt. Neben den Aufsätzen im Umfang von sechs Seiten enthält der Wochenbericht in regelmäßiger Folge zahlreiche Beilagen, die getrennt gesammelt werden können, mit Zahlenangaben ... Außerdem werden in freier Folge Beilagen über Sonderuntersuchungen veröffentlicht.“

Die Zahlenangaben, die aus monatlichen Wirtschaftszahlen bestanden, wurden vom 5. Jahrgang an in Form von Übersichten präsentiert.

Zusätzlich wurden „Wöchentliche Zahlenübersichten“ und vom 4. bis zum 9. Jahrgang auch „Konjunkturkarteien“, die Angaben über Branchen enthielten, dem Wochenbericht beigelegt. Alle Übersichten und Beilagen wurden nicht in den Text der Wochenberichte integriert.

Die Vielfalt der Übersichten A bis E wurde bis zum 34. Jahrgang im Jahr 1967 beibehalten; in den Jahren 1940 und 1941 gab es jedoch nur die Übersicht A, ab 1959 kam eine neue Übersicht F hinzu, die ebenfalls Auslandszahlen enthielt. Eine Beilage über West-Berlin gab es in den Wochenberichten von 1950 bis 1972, eine entsprechende Beilage über die DDR bis zum Jahr 1974. Seit dem 55. Jahrgang 1988 gibt es monatliche Beilagen zum Wochenbericht mit ausgewählten saisonbereinigten Konjunkturindikatoren (Tabelle).

Die Beiträge in den Wochenberichten wurden bis zum 35. Jahrgang ohne Nennung der Verfasser veröffentlicht, weil es sich „um im Institut erarbeitete Ergebnisse handelte“. Ausgenommen hiervon war der Präsident Ernst Wagemann, dessen Beiträge mit Namen versehen beziehungsweise mit der Abkürzung E. W. gezeichnet waren. Aus presserechtlichen Gründen sind jedoch bis 1942 die Namen der verantwortlichen Redakteure und seit 1950 die Namen der für die wissenschaftliche Leitung des Instituts verantwortlichen Personen (Präsident und Kollegium der Abteilungsleiter) als Herausgeber im Impressum genannt worden. Außerdem wurde der jeweilige Schriftleiter dort erwähnt, seit 2002 das Redaktionsteam.

Im Jahr 1969 wurde damit begonnen, auch die Namen der Bearbeiter der Artikel im Impressum

zu nennen. Seit dem 68. Jahrgang 2001 werden die Verfasser am Anfang ihres jeweiligen Beitrags namentlich erwähnt.

Umfang der Wochenberichte

Der Abbildung ist zu entnehmen, dass der Textumfang der Wochenberichte in den ersten Jahren bei durchschnittlich 210 Seiten lag. Die Ausreißer in den Jahrgängen 1937 und 1938 sind auf ausgewählte „Zahlen der Woche“ zurückzuführen, die in den Text integriert waren. Außerdem erschienen Sondernummern, zum Beispiel über „Fünf Jahre nationalsozialistische Wirtschaftsgesetzgebung“. Der bis zur Einstellung des Wochenberichts im Jahr 1943 – es gab nur noch die Nr. 1 über „Der Aufstieg des deutschen Films“ – immer geringer werdende Seitenumfang verdeutlicht die Schwierigkeiten, in dieser Zeit überhaupt auf Mitarbeiter und deren wissenschaftlichen Output zurückgreifen zu können.

Übersicht	erscheint voraussichtlich	mit Angaben über
A	zwischen 5. und 10. jeden Monats	Preise, Zinssätze, Effektenkurse, Notenbanken, Kreditbanken, Sparkassen, Emissionen, Kreditsicherheit, Reichsfinanzen, Löhne
B	zwischen 15. und 20. jeden Monats	Außenhandel, Einzelhandel, Handwerk, Genossenschaften, Verkehr
C	zwischen 20. und 25. jeden Monats	Produktion und Verbrauch
D	zwischen 23. und Ultimo jeden Monats	Arbeitsmarkt, Beschäftigung (Industrieberichterstattung)
E	vierteljährlich	die wichtigsten Wirtschaftszahlen des Auslands

Quelle: Darstellung des DIW Berlin.

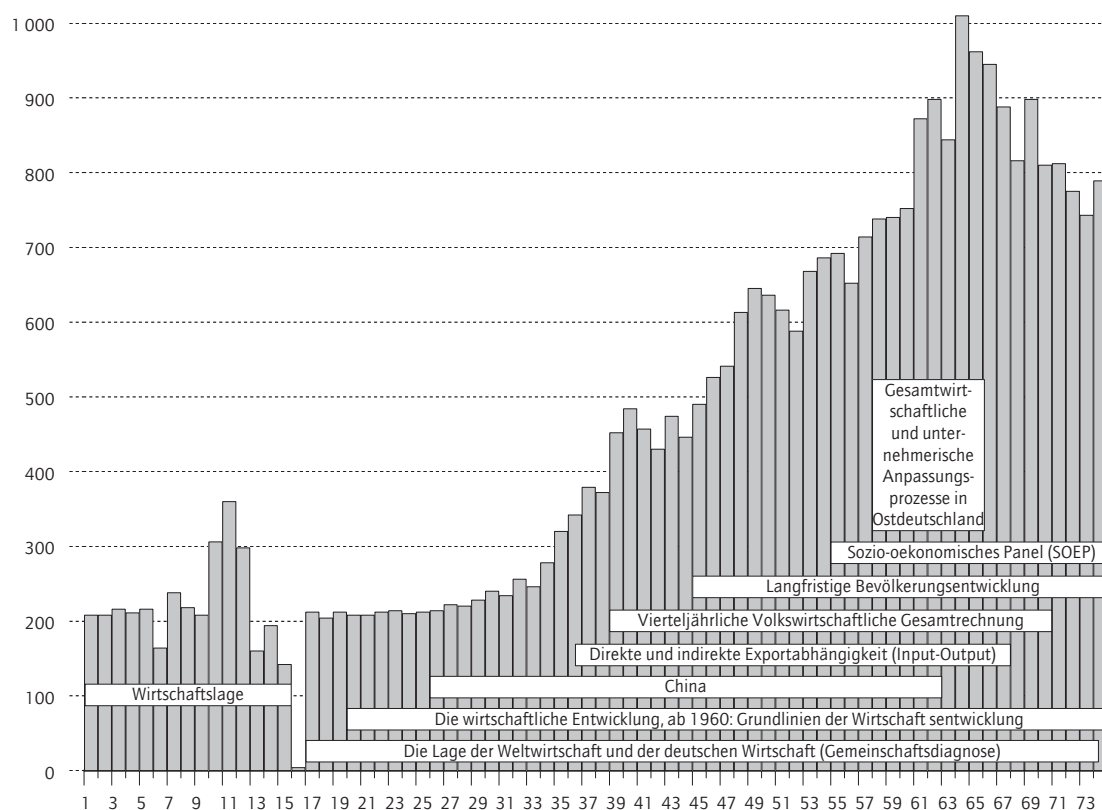
DIW Berlin 2008

Nach dem Wiedererscheinen des Wochenberichts am 2. Januar 1950 lag der Durchschnitt des Textumfangs in den 50er Jahren bei 212 Seiten pro Jahrgang, seit den 60er Jahren stieg er an, bis er im Jahr 1997 mit 1010 Seiten den größten Umfang erreichte. Seit der Jahrhundertwende hat der Wochenbericht einen durchschnittlichen Umfang von 810 Seiten, also fast das Vierfache der 50er Jahre.

Abbildung

Umfang des Wochenberichts nach Jahrgängen – Perioden kontinuierlicher Berichterstattung

Anzahl der Seiten



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Der Anstieg des Umfangs der Wochenberichte in der Zeit ihres Bestehens hat verschiedene Ursachen. Zum Einen sind die ursprünglichen Kurzberichte, in denen knapp über die Ergebnisse der Institutsarbeiten informiert wurde, durch ausführliche Analysen ersetzt worden, bei denen auch das zugrunde liegende Datenmaterial bereitgestellt wurde. Zum Anderen hat die Gründung neuer Abteilungen, zum Beispiel „Geld und Kredit“, „Öffentliche Finanzen“ und „Verkehr“ im Jahr 1972, zu mehr Wochenberichten geführt, weil bisher nur sporadisch behandelte Themen kontinuierlich bearbeitet werden konnten.

Von besonderer Bedeutung für die Ausweitung des Wochenberichtsvolumens waren die neuen und teilweise langfristig angelegten Forschungsvorhaben des DIW. Dazu gehören die seit 1972 kontinuierliche „Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ mit jährlich vier Aufsätzen ebenso wie die 1969 begonnene Input-Output-Berichterstattung.

Gleiches gilt für die Beiträge auf der Basis des „Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)“, die seit 1988 in zunehmendem Maße über das breite Spektrum der Forschungsarbeiten informieren.

Ganz deutlich wird die Auswirkung neuer Aufgabenfelder auf die Publikationstätigkeit im Wochenbericht durch die Berichterstattung über „Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland“. Im Zeitraum von 1991 bis 1999 haben das DIW Berlin, das Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW), und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) gemeinsam im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft 19 Anpassungsberichte zur Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft vorgelegt. „Diese Berichte sind eine in ihrer Kontinuität einzigartige Dokumentation eines Stücks deutscher Wirtschaftsgeschichte“, heißt es im letzten Bericht vom 10. Juni 1999.

Die Berichterstattung über „China“ und die „Langfristige Bevölkerungsentwicklung“ sind spezifische Forschungsarbeiten einzelner Mitarbeiter, die jahrelang den Wochenbericht bereichert haben beziehungsweise noch bereichern. Die Berichterstattung über die „Wirtschaftslage“ bestätigt, dass der Schwerpunkt der Wochenberichte selbstverständlich auf der Konjunkturberichterstattung lag. Das trifft sowohl für die Vorkriegszeit als auch für die Nachkriegsjahre zu. Nach wie vor erscheinen die „Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung“.

Hierzu schreibt Rolf Kregel in seiner Instituts-geschichte: „Die ‚Grundlinien‘ werden in Zukunft

mit Sicherheit zu den wichtigen Quellen der deutschen Zeitgeschichte gehören. Ihr großer Vorzug ist die lückenlose Aneinander-Reihung über zur Zeit mehr als 20 Jahre (aus heutiger Sicht 47 Jahre) hinweg. Der Textteil wird durch Schaubilder und Tabellen ergänzt und birgt zahlreiche Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mit Branchenberichten“.¹

Die wöchentliche Erscheinungsweise bietet dem Institut die Möglichkeit, Arbeitsergebnisse zu aktuellen Themen ohne Zeitverzug zu publizieren und in die wirtschaftspolitische Diskussion einzugreifen. Dabei ist auffällig, dass immer mehr auf Politikberatung und die Entwicklung wirtschaftspolitischer Instrumentarien Wert gelegt wurde. Beispiele hierfür sind die Berichte über die West-Berliner Wirtschaft, die seit 1950 erschienen, Aussagen über die Ausgestaltung der Rentenformel (1955), Berichte über Osteuropa (Beginn der 60er Jahre), die Einkommenschichtung in Deutschland (1973) und die neue Geldpolitik der Bundesbank (1974), Berichte über die öffentliche Verschuldung (ab 1977) und die deutsche Wiedervereinigung (ab 1990), Äußerungen zum Klimaschutz (ab 1994) und zu den Konvergenzkriterien (ab 1996) sowie Berichte über die Transformationsprozesse in den früheren Ostblockländern (ab 1996).

Drei Beispiele aus der Geschichte der Wochenberichte

Zur Veranschaulichung der Aussagen des IfK beziehungsweise des DIW sind aus den insgesamt 3710 Wochenberichtsnummern, die seit 1928 mit einem Gesamtumfang von 34 016 Seiten erschienen sind, drei Beispiele stellvertretend ausgewählt worden: die Weltwirtschaftskrise, die erste Rezession der Nachkriegszeit und die deutsche Wiedervereinigung.

Die Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933

Hat das IfK die Weltwirtschaftskrise adäquat diagnostiziert und wann erkannte es selbst, dass der sich abzeichnende Abschwung mehr war als eine Phase eines normalen Konjunkturzyklus?²

¹ Zitiert nach Kregel, R.: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung) 1925 – 1979. Berlin 1986, 138.

² Nach gängiger Interpretation bestand das IfK seine erste große Bewährungsprobe in der Weltwirtschaftskrise nicht. Mit diesem Verdikt ist gemeint, dass das Institut weder die Schwere der Krise rechtzeitig erkannt noch die orthodoxe Lehre rechtzeitig aufgegeben habe, die auf die Selbstheilungskräfte des Marktes vertraute. Kregel selbst und die von ihm herangezogenen Autoren unterliegen dem typischen Interpretationsschema der Nachgeborenen, nämlich ihr zeitgebundenes Theorieverständnis zur Beurteilung von Handlungen der vorherigen Generation anzuwenden. Institut und Präsident werden somit aus einem keynesianischen Blickwinkel kritisiert, wenn sie „zu spät ...

Der Kurssturz der Aktien an der New Yorker Börse im Oktober 1929, der gemeinhin den Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929–1933 markiert, hat sich –zu Recht– den Wirtschaftsforschern am IfK keineswegs als epochal aufgedrängt. In der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt, in Deutschland, sanken die Aktienkurse im Herbst 1929 zwar auch stark; jedoch im Gegensatz zu den USA setzte sich hier nur eine Tendenz fort, die um die Jahreswende 1928/29 begonnen hatte. Als viel beunruhigender als die Ereignisse des Herbstes 1929 stellte sich dem IfK die Lage auf den Aktienmärkten ein Jahr später dar. Seit dem Frühjahr waren im Gleichklang fast aller Länder nach einer leichten Belebung Anfang 1930 die Kurse „außerordentlich scharf gesunken“ (WB 34/1930).

In den Wochenberichten seit Ende 1929/Anfang 1930 wird der Beginn des Konjunkturabschwungs für die USA wiederholt ab Mitte 1929 und für Deutschland um die Jahreswende 1927/28 datiert (WB 38–40/1929). Der letzte Wochenbericht im Jahr 1930 (WB 39–41/1930) bringt unter der Überschrift „Die weltwirtschaftlichen Depressionsherde“ eine klare Analyse und zeitliche Abfolge des sich selbst verstärkenden Schrumpfungsprozesses der Weltwirtschaft: Neben dem Konjunkturrückgang in den Industrieländern wird auf die seit 1927/28 einsetzende Preisbaisse auf den Rohstoffmärkten hingewiesen. Sinkende Kaufkraft in den Rohstoffländern und verminderter Importbedarf der Industrieländer zogen die Spirale nach unten. Auch in den ersten Monaten des Jahres 1931, als sich vor der spektakulären Bankenkrise und den internationalen Kreditabzügen aus Deutschland noch einige Aufschwungstendenzen zeigten, blieb das IfK eher skeptisch. Die Belebung des deutschen Arbeitsmarktes bis April 1931 wurde zum Beispiel als rein „saisonmäßige Entlastung“ gesehen (WB 4/1931).

Im Sommer 1931 war die Weltwirtschaftskrise für jeden informierten Zeitgenossen sichtbar. Das IfK und besonders Ernst Wagemann hatten die Krise nicht nur zutreffend diagnostiziert, sondern auch schon Anfang 1930 erkannt, dass länger wirkende Faktoren mehr als den üblichen Abschwung eines Konjunkturzyklus auslösten: Hervorgehoben wurde die „Sinkende Grundtendenz der Preise“, die seit mehreren Jahren in fast allen Ländern auftrat (WB 46/1930). Sie wurde mit regelmäßigen Phasen von etwa 25

bis 30 Jahren Dauer in den letzten 150 Jahren in Verbindung gebracht. Mit dem Verweis auf Wagemanns Konjunkturlehre (1928) wurden diese Phasen im Wochenbericht Nr. 23/1930 über die sinkenden Rohstoffpreise noch sehr vorsichtig mit den „langen Wellen“ der Konjunktur erklärt. In dem ersten namentlich gekennzeichneten Beitrag (E. W.) der Wochenberichte (WB 1/1931) schließlich brachte Wagemann explizit „Struktur Tendenzen der Weltwirtschaft“ und „Lange Wellen“ zusammen. Sein Anliegen war es, darauf hinzuweisen, dass einem künftigen konjunkturellen Aufschwung durch strukturelle Abwärtstendenzen Grenzen gesetzt seien.

Festzuhalten bleibt zweierlei: Erstens erfassten das IfK und sein Präsident vor den Turbulenzen seit Mai 1931 den konjunkturellen Verlauf adäquat. Auch wer der Theorie der langen Wellen skeptisch gegenübersteht, muss zugestehen, dass sie zweitens auch die strukturelle Schwere der Weltwirtschaftskrise zumindest ansatzweise frühzeitig erkannten.

Die erste Rezession der Nachkriegszeit 1966/67

Mit einer Aussage über die vierteljährlich abnehmenden Zuwachsraten des Sozialprodukts weist das DIW im Wochenbericht 25/1966 unter der Überschrift „Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte Juni 1966“ erstmals auf die konjunkturelle Schwäche hin. Im Wochenbericht 51–52/1966 spricht das Institut von einer „besorgniserregenden Unterkühlung“ der Konjunktur und klagt über die schnelle Zunahme der Arbeitslosigkeit. Im Wochenbericht 4/1967 halten die Konjunkturexperten des DIW den „raschen Einsatz des Eventual-Investitionshaushalts für erforderlich“, zwei Monate später fordern sie zur nachhaltigen Belebung der Investitionstätigkeit einen neuen Eventualhaushalt.

Einer sektoralen Analyse der staatlichen Konjunkturprogramme im Wochenbericht 14/1967 folgt im Juli ein Bericht über „Einkommenswirkungen expansiver konjunkturpolitischer Maßnahmen“, in dem es heißt: „Das DIW hat bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass die gegenwärtige Rezession nur dann in Wirtschaftswachstum münden kann, wenn der Staat unverzüglich zusätzliche Nachfrage schafft, die weit über das bisher angekündigte Maß hinausgeht. ... Die wirtschaftliche Lage erfordert heute nicht nur eine Verstärkung der öffentlichen Investitionen, sondern auch Steuersenkungen, damit weitere Nachfrageimpulse ausgelöst werden, die von den öffentlichen Haushalten in diesem Umfang

die Bedeutung und Notwendigkeit staatlicher Defizit-Bereitschaft“ (Krengel) erkannten. Aus heutiger Sicht kann diese Beanstandung angezweifelt werden, weil zum einen das keynesianische Paradigma selbst seit den späten 70er Jahren zumindest in Frage gestellt ist und weil zum andern parallel dazu die Weltwirtschaftskrise eher als Strukturkrise, und nicht lediglich als konjunkturelles Phänomen aufgefaßt wird.

Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und die „Achillesverse“ des Wochenberichts

Redaktionelle Arbeit hat manchmal auch heitere Seiten. Es lassen sich immer wieder Textpassagen und Ausdrücke ausfindig machen, die keinesfalls im fertigen Bericht erscheinen dürfen, aber eben doch sehr erheiternd sein können. Häufig ist es einfach Betriebsblindheit, die arbeitsgebietspezifische Terminologie in Wochenberichtsmanuskripte gelangen lässt. Ein paar Beispiele:

„Nachwachsende Alterskohorten werden kleiner“

„Anteil der Kreativen an allen Erwerbstätigen“

„... die zunehmende Motorisierung von Frauen ...“

„Der Inländerverbrauch von ...“

„Überhöhte Außenwanderungszahlen deutscher Personen auf Grund von Korrekturen im Land Hessen.“

„Zwei Variationen der Sterblichkeit“

„Um zu veranschaulichen wie sich ... die Bereinigung des Ausländerzentralregisters auf die Bevölkerungsentwicklung auswirkt, ...“

„In der Ausstattung bestehen nach wie vor zwischen den Geschlechtern deutliche Unterschiede. Bis zum Jahr 2050 ... ist der geschlechtsspezifische Unterschied dann nur noch bei älteren Rentnern erkennbar ...“

Es gibt aber auch Fälle, bei denen das Bestreben nach Präzision in der Beschreibung seltsame Blüten treibt:

„Abbildung 1 (zwei Alternativen: entweder quer wie oben oder hoch wie unten)“

„Tatbestände, in Rente' (ja oder nein) und, Engagement- erfahrung' (ja oder nein)“

„Bis 1990 ohne Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“, ab 1991 einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. Bis 1974 ohne Ostgebiete des Deutschen Reiches.“

„... in den alten und (seit 1990) neuen Bundesländern.“

„Polen dominiert die Migranten aus der EU-8“

Auch die Übersetzung aus dem Englischen hat ihre Tücken:

„Verletzlichkeiten von EDV-Systemen“

„Nichtöl-Einnahmen, Nichtöl-Steuererinnahmen, Nichtöl-Nichtsteuererinnahmen“

„bezüglich des proprietären DRMS Fairplay“

„Trusted Plattform Module (TPMs)“

Aber manchmal ist auch jeder Kommentar überflüssig:

„... Anteil von gut knapp 12 % ...“

„..., dass für ein Zusammenwachsen Europas die Freizügigkeit der Arbeitnehmer substantiell ist.“

„... aufgrund des Rückgangs der geringfügigen Beschäftigten ...“

„Im Zuge der zunehmenden weltweiten Angriffe auf Rechnersysteme soll damit den wachsenden Sicherheitsbedürfnissen der Anwender gegen unautorisierte Eingriffe erfolgreicher als bisher ein Riegel vorgeschoben werden.“

„Nicht verändert hat sich in den 80 Jahren die Redaktion der Wochenberichte.“

schon aus verwaltungstechnischen Gründen gar nicht erwartet werden können“.

Im Wochenbericht 39/1967 wird über die direkten und indirekten Produktionseffekte der Konjunkturprogramme informiert, die auf der Grundlage der sektoralen Staatsausgaben mit Hilfe des neuen Instrumentariums der Input-Output-Rechnung ermittelt werden konnten. Zu den Ergebnissen wird ausgeführt: „Die Berechnungen zeigen, dass auch die vom zweiten Konjunkturprogramm auf die Produktion und die Kapazitätsbeanspruchung ausgehenden Effekte nicht die vielfach erhoffte

und notwendige Wirkung erreichen konnten. So besteht leider keine Ursache anzunehmen, dass der von den konjunkturbelebenden Maßnahmen des Staates ausgehende psychologische Effekt, das heißt die induzierte Reaktion der privaten Wirtschaft stark genug sein wird, um das erklärte Ziel der Bundesregierung, einen dauerhaften Aufschwung zu erreichen, in absehbarer Zukunft realisieren zu können.“

Diese Einschätzung des Instituts war gesamtwirtschaftlich gesehen falsch, wie die Entwicklung in den Jahren 1968/69 zeigte. Aber der

„entschieden zum Ausdruck gebrachte Wille, die vom DIW diagnostizierte Unterkühlungsphase durch aktive Konjunkturpolitik rasch zu beenden“ und den Maßnahmen einen „keynesianischen Ansatz“ zugrunde zu legen, zeugte von der Hinwendung der Wochenberichte zu mehr Politikberatung.

Die deutsche Wiedervereinigung 1990/91

Im Wochenbericht 1–2/1990 über „Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung“ ist zu lesen: „Der Versuch einer Vorausschau in das Jahr 1990 ist zur Jahreswende 1989/90 mit weit mehr und weit schwerwiegenderen Unsicherheiten belastet, als dies schon normalerweise eine Konjunkturprognose kennzeichnet. Die historischen Veränderungen in der DDR werden (quantitativ) erhebliche und (qualitativ) neue ökonomische Implikationen haben, die auch kurzfristig spürbar sein werden. Doch niemand kann vorhersehen, was politisch geschehen wird und noch viel weniger, welche Auswirkungen dies auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik und in Europa haben wird. Selbst die Wirkungen der explosionsartigen Zuwanderung im zweiten Halbjahr 1989 entziehen sich einer exakten quantitativen Erfassung im Hinblick auf Wachstum und Arbeitsmarkt.“

Diese Einschätzung der Lage hat dazu geführt, dass in den Wochenberichten der Jahre 1990 und 1991 allein 22 beziehungsweise 16 eigenständige Beiträge zur DDR, zu Ostdeutschland und zu den neuen Bundesländern erschienen. Hinzu kamen die bereits erwähnten Anpassungsberichte und die weiterhin nach West und Ost getrennten Konjunktur- und Strukturanalysen des DIW für ein wiedervereinigtes Deutschland. Besonders wertvoll für die Forschungsarbeiten waren die Erstellung einer Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Ostdeutschland und die Ausweitung des SOEP auf die neuen Bundesländer.

Die Wiedergabe einiger Titel der Wochenbeiträge macht das Spektrum der bearbeiteten Themen deutlich und lässt die Meinung des Instituts zu ausgewählten Problemen erkennen: „DDR: Übergang zum neuen Rentensystem schwierig“ (WB 14/1990), „Realeinkommensverluste in der DDR nach Einführung der Währungsunion wahrscheinlich“ (WB 21/1990), „Die Nahrungs- und Genussmittelindustrie in der DDR ist für die Marktwirtschaft schlecht gerüstet“ (WB 31/1990), „Alt-Schulden der DDR-Betriebe: Streichung unumgänglich“ (WB 36/1990), „Liquiditätsempässe der Sozialversicherung in der DDR“ (WB 39/1990), „Bildungswesen in Ostdeutschland im Übergang“ (WB 45/1990),

„Eine Infrastrukturoffensive für Ostdeutschland: Finanzierungsaspekte und gesamtwirtschaftliche Wirkungen“ (WB 10/1991), „Zu knappes Angebot an Ausbildungsplätzen in den neuen Bundesländern und in Berlin (Ost)“ (WB 25/1991), „Lohnsubventionen – kein Ausweg aus der Beschäftigungskrise in Ostdeutschland“ (WB 36/1991), „Subventionierung und Privatisierung durch die Treuhandanstalt: Kurswechsel erforderlich“ (WB 41/1991), „Szenario zur Entwicklung der CO₂-Emissionen in den neuen Bundesländern“ (WB 49/1991).

Kritisch hat sich das DIW in den Jahren 1990/91 mit den Folgen einer deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion auseinandergesetzt. Schon im Wochenbericht 6/1990 heißt es: „Die rasche Einführung einer einheitlichen Währung („Währungsunion“) ist nicht problemlos, solange die Produktivitätsunterschiede zwischen den beiden deutschen Staaten sehr groß sind. Die Währungsunion müsste mit einem von vornherein problematischen Währungsschnitt in der DDR verbunden werden. In einer Währungsunion begäbe man sich zudem des Instruments der Wechselkursänderung.“

Ein umstrittener Bericht „Zum Produktivitätsvergleich Bundesrepublik – DDR“ (WB 14/1990), in dem auf die breite Spanne der Schätzungen zum Produktivitätsrückstand der DDR zwischen 30 und 50 Prozent hingewiesen wird, endet mit der Aussage: „Keiner der vorhandenen Produktivitätsvergleiche untermauert die im politischen Raum gegenwärtig vorgeschlagene Relation von einer DM zu zwei Mark der DDR.“ Diese Umtauschrelation ist dann im Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. Juli 1990 zwar differenziert worden, stieß aber bei einer am 28. Juni veröffentlichten Analyse des DIW zur wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland weiterhin auf Kritik. Im Wochenbericht 26/1990 ist zu lesen: „Der Staatsvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten hat im großen und ganzen die richtige Basis für die Umstellung der Wirtschaft geschaffen, nachdem die prinzipielle Entscheidung über die Art des einzuschlagenden Weges gefallen war. Der Staatsvertrag enthält allerdings einen entscheidenden Konstruktionsfehler. Die Umstellung der Altschulden der Unternehmen im Verhältnis zwei Mark zu einer D-Mark ist nicht zu begründen und führt unter Umständen zu enormen Friktionsverlusten.“

Hat das DIW – wie auch die beiden Gemeinschaftsdiagnosen des Jahres 1990 – die Entwicklung in Ostdeutschland nach dem 1. Juli im Wochenbericht 26/1990 zu positiv eingeschätzt, als

JEL Classification:

N14

Keywords:

Publication history

von einer Stabilisierung und einer allmählichen Aufwärtsbewegung ausgegangen wurde, so trafen seine Einschätzungen über den schwierigen Übergang zur Marktwirtschaft die Realität: „Es besteht kein Zweifel, dass vom Beginn der Währungsunion an die Versorgungsprobleme in der DDR, soweit mobile (handelbare) Güter betroffen sind, weitgehend gelöst sein werden. Insofern erfüllt die Einführung marktwirtschaftlicher Regeln ihren Zweck: Das Angebot an Waren

und Dienstleistungen erhöht sich sprunghaft und zu Preisen, wie sie in der Bundesrepublik üblich sind. Das Problem der DDR-Wirtschaft ist, in welchem Umfang sie daran beteiligt ist. Wo werden die Güter vorwiegend produziert, die in den Läden der DDR angeboten werden? Wie groß werden die Produktionsverluste in der DDR sein, ehe wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen sind?“ Einige dieser Fragen sind noch heute aktuell.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen
vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG,
Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung
– auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die
Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.